

Zum Inhalt dieser Ausgabe:

1. Einleitung	1
2. Vom Postfordismus zum Finanzmarktkapitalismus	2
3. Hat die These vom Finanzmarktkapitalismus ausgedient?	4
4. Die Herausforderung der Krise	5
5. Regionale Folgen	9
Literatur	11

Christoph Scheuplein: Krise, Raum und die These vom Finanzmarktkapitalismus

1. Einleitung

Das Weltsozialprodukt sinkt 2009 zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem letzten Ausblick des Internationalen Währungsfonds wird das BIP weltweit um 1,1 % und in den Industrieländern um 3,4 % zurückgehen (IMF 2009). Dies markiert einen historischen Einschnitt, wie im Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 deutlich wird. Die Industrieproduktion, die Indizes der Weltbörsen und der Welthandel sind stärker als in der damaligen Krise eingebrochen. Inzwischen finden die Vergleichsparameter, vor allem die Börsenkurse, seit den Sommermonaten diesen Jahres wieder einen Grund (Eichengreen/O'Rourke 2009), aber das Krisenausmaß fällt dennoch dramatischer aus als bei dem historischen Vorbild.

Auch wenn sich in der Tat um eine Krise der Weltwirtschaft handelt, ist eine räumliche Differenzierung der Krise zu beobachten. Allein zwischen den 15 Staaten des Euro-Raums reicht die Spannweite der prognostizierten volkswirtschaftlichen Bremsspuren von -0,5 % (Zypern) bis -7,5 % (Irland) (IMF 2009: 170). Als Großregionen werden am stärksten Osteuropa (-5 %) und die Vereinigung Unabhängiger Staaten/GUS (-6,7 %) betroffen sein. Dagegen werden Asien (+6,2 %, darunter China: +8,5 %) und der Mittlere Osten (+2 %) weiterhin wachsen.

Die unterschiedliche Betroffenheit erklärt sich zunächst darüber, inwiefern einzelne Regionen ihr Kapital in „toxischen“ Anlagen aus dem Immobiliensektor der USA, dem unmittelbaren Krisenherd, erworben hatten. Der höchste Verlust wird mit 30 % für die arabischen Erdölexportländer geschätzt (Brach/Loewe 2009: 3). Mit dem schrittweisen Übergreifen der Immobilienkrise ab Mitte 2007 auf die Finanzbranche zuerst der USA, dann Großbritanniens und ab Mitte 2008 weltweit, wirkten dann die üblichen Kanäle der Krisenverbreitung:

- Finanzielle Verflechtungen, wobei es insbesondere auf die Form und Laufzeit von Kapitalflüssen ankommt, und
- Handelsverflechtungen, wobei die Struktur und Bedeutung der Außenwirtschaft im Vergleich zur Binnenwirtschaft entscheidend ist.

Über entsprechende Indikatoren sind zahlreiche Krisenanalysen auf nationaler Ebene entstanden, in denen z.B. die besondere Betroffenheit Islands (Danielsson/Zoega 2009a, b), Rußlands (Engerer/Schrooten 2009) und des Baltikums (Alvarez-Plata/Engerer 2009) bzw. die relativ geringe Auswirkungen für Nordafrika (Brach/Loewe 2009) untersucht wird. Inzwischen

Impressum

ISSN 2190-5657

Arbeitskreis Kritische
Regionalwissenschaft (AKR)
Humboldtallee 15
37073 Göttingen
Tel.: (+49) 551/ 39- 140 48
Fax: (+49) 551/ 39- 140 49
www.kritische-regionalwissenschaft.de

Gestaltung: Johannes Melcher

Über den Autor dieser Ausgabe:

Dr. Christoph Scheuplein
Westfälische Wilhelms-Universität
Münster
Institut für Geographie
Schlossplatz 7
Telefon +49-251-83 33 925
eMail: christoph.scheuplein@uni-muenster.de
www.uni-muenster.de/Geographie/

werden auch die vermutlichen Anpassungsleistungen und Wachstumsaussichten nach der Krise auf nationaler Ebene abgeschätzt (Bickenbach u.a. 2009; Horn, Joebges, Zwiener 2009).

Auch auf der regionalen Raumebene sind Differenzierungen der Krisenfolgen festzustellen (vgl. Krumbein 2009a). In einem Panel der „Versammlung der Regionen Europas“ (2009) wird eine breite Palette an Auswirkungen für einzelne Branchen, öffentliche Investitionen, die Kreditvergabe u.a.m. aufgezählt. Das BBSR (2009) rechnet über realwirtschaftliche Transmissionsriemen mit Folgen für die konjunktur- und branchensensiblen Regionen. In einzelnen explorativen Branchenstudien wird auf die regionalen Aspekte der Krise eingegangen, z.B. in der Studie von Dispan (2009) zum Werkzeugmaschinenbau.

Soweit ein knapper Aufriss an Themen und Problemen, die im Kontext der Weltwirtschaftskrise für die Regionalforschung relevant sind. In diesem Text soll es um die theoretischen Perspektiven gehen, ob und wie regionale Wirkungen der Krise aus der Sicht einer politisch-ökonomischen Regionalforschung betrachtet werden können. Dabei soll hier nur die im regulationstheoretischen Theoriekontext entstandene These eines Finanzmarktkapitalismus beleuchtet werden, die in den vergangenen Jahren einige Prominenz in der Regionalforschung erlangt hat. Wurde die These durch die Krise bestätigt? Ist der Finanzmarktkapitalismus mit der Krise an sein Ende gekommen, oder bietet der Theorieansatz weiterhin einen sinnvollen Rahmen zur Analyse der aktuellen Krisenfolgen?

Im Folgenden wird zunächst die Entstehung und Verwendung der Finanzmarktkapitalismus-These rekapituliert (Abschnitt 2). Sie ist weiterhin in der Regionalforschung hilfreich, wenn der gewachsene Finanzsektor als Ausdrucksform und nicht als Lösung der strukturellen ökonomischen Probleme verstanden wird (Abschnitt 3). Die Diagnose des Finanzmarktkapitalismus wird durch die Weltwirtschaftskrise nicht obsolet, sondern erhält einen zusätzlichen Impuls, denn die Krise markiert Strukturveränderungen des Wirtschafts- und Sozialsystems, die auch die wirtschaftliche und institutionelle Konstellation für die Region verändern (Abschnitt 4). Gerade mit Hilfe der These vom finanzgetriebenen Akkumulationsregime können diese regionalen Folgen fruchtbar erschlossen werden (Abschnitt 5).

2. Vom Postfordismus zum Finanzmarktkapitalismus

Die politisch-ökonomischen Ansätze haben in den 1970ern und frühen 1980er Jahren maßgeblich dazu beigetragen, die Veränderung von Raum im Kontext gesellschaftlicher Handlungen zu thematisieren. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftsräumlicher Strukturen konnte in dieser Perspektive als integrales Element der ungleichmäßigen gesellschaftlichen Entwicklung begriffen werden (zusammenfassend Krumbein 2008, Belina 2008 und Wissen/Naumann 2008). Allerdings blieb es weitgehend bei dieser Darstellung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten der Raumstrukturierung (vgl. als Bilanz die Hauptwerke von David Harvey, Neil Smith und Richard Walker/Michael Storper). Als konkretes Gegenstandsfeld eigneten sich meist nur die altindustriellen Regionen, wo die polit-ökonomische Erklärung eines „spatial fix“ über Investitions- und Desinvestitionsprozesse fruchtbar angewandt werden konnte. Erst die Regulationstheorie mit ihrer Fokussierung auf die unterschiedlichen Erfolgspfade und institutionellen Arrangements in den westlichen Ökonomien wies einen Weg, wie die konkreten räumlichen Muster erfasst werden können.

So ging die Regulationstheorie, die jeweils innerhalb eines historisch-spezifischen Rahmens und innerhalb eines begrenzten Raumes argumentiert (Benko 1996), implizit immer schon darauf ein, wie eine kapitalistische Formation sich über ein Gebiet ausgedehnt, Grenzen findet und sich ein Gefüge von Zentren und Peripherien herausbildet. Mit der Darstellung der technischen und sozialen Arbeitsteilung (industrielles Paradigma), dem makroökonomischen Muster (Akkumulationsregime) sowie den auf den wirtschaftlichen Prozess bezogenen institutionellen Formen (Regulationsweise) bietet die Regulationstheorie ein Instrumentarium an, mit dem die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen

in einer mittleren Frist beschrieben werden können. Insofern das industrielle Paradigma, das Akkumulationsregime und die Regulationsweise eine innere Kohärenz gewinnen und sie miteinander kompatibel sind, spricht die Regulationstheorie von einem Entwicklungsmodell (oder von einer Formation). Michel Aglietta (1979) diagnostizierte für die Zeit von 1959 bis 1970 eine hohe Kohärenz der fordistischen Formation. Ihr konnte eine Reihe typischer Raumstrukturen zugeordnet werden, etwa die Dominanz einzelner Großbetriebe und die Monostrukturierung von Regionen, die Flächenextensivität der Fabriken, die funktionsräumliche Trennung von Arbeiten, Wohnen und Leben und die Automobilisierung des Verkehrs. Zudem wurde für den Fordismus ein internationales Hegemoniesystem diagnostiziert, und der Nationalstaat als weiterhin dominante Raumebene der wirtschaftlichen Regulierung identifiziert, auch wenn supranationale Blöcke in der Weltwirtschaft an Gewicht zu gewinnen schienen.

Mit der Diagnose einer Krise der fordistischen Formation seit der Mitte der 1970er Jahre war zugleich die Debatte über den Übergang zu einer neuen post-fordistischen Formation eröffnet. Als wichtige Merkmale im industriellen Paradigma wurde die Absenkung der Fertigungstiefe, die Restrukturierung der Zuliefererkette, die Verkürzung der Produktlebenszyklen, die steigende Komplexität der Produkte und Prozesse sowie durch eine Intellektualisierung des Arbeitskörpers festgestellt. Darüber hinaus wurde im politisch-administrativen Bereich eine komplementäre Deregulierung, Dezentralisierung und Privatisierung wahrgenommen. Zwar konnte über die sozialen und ökonomischen Prinzipien des Postfordismus nie Einigkeit erzielt werden (vgl. u.a. Demirovič/Krebs/Sablowski 1992, Amin 1994, Boyer/Saillard 2002, Brand/Raza 2003). Den erwähnten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen konnten aber einige raumstrukturelle Wandlungen zugeordnet werden. Insbesondere die stärkere Differenzierung des wirtschaftlichen Raummusters, eine Anpassung regionaler Strukturen an flexible Fertigung und die Clusterung von Wertschöpfungsketten konnten als widerstreitende, aber im Zusammenhang stehende Elemente einer Geographie des postfordistischen Übergangs dargestellt werden (vgl. Moulaert/Swyngedouw 1990, Amin 1994b).

Ebenso wurde der Bedeutungsgewinn des regionalen Umfeldes von Unternehmen als postfordistisches Merkmal wahrgenommen. Zum einen konnten flexible und spezifische Beziehungen zu anderen Unternehmen der Region einen stärkeren Wettbewerbsvorteil bieten (man denke etwa an die Restrukturierung des regionalen Zuliefererumfeldes nach der Krise 1992/3 bei der Daimler AG). Zum anderen wurden Beziehungen zu Einrichtungen jenseits des Unternehmenssektors wichtiger, etwa in den Bereichen Forschung und Ausbildung.

Dennoch blieben die Befunde zum Wirtschaftssystem und die Befunde zur Raumstruktur in der Post-Fordismus-Debatte der 1990er Jahre stets heterogen. Erst mit der These eines „finanzgetriebenen Akkumulationsregimes“ bzw. eines „Regimes der Vermögensbesitzer“ (Aglietta 2000, Boyer 2000, Sablowski/Alnasser 2001, Bischoff 2006) zeichnete sich eine konsistente Diagnose ab: Mit dem Bedeutungsgewinn des Finanzsektors in wichtigen Ländern verliert die institutionelle Form der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihre Schlüsselstellung. Die überkommenen Strukturen zwischen Produktions- und Finanzsektor werden aufgelöst und die Kontrolle des Unternehmenssektors geht zunehmend auf Finanzinvestoren über. Diese These eines neuartigen Akkumulationsregimes ist in den raumbezogenen Gesellschaftswissenschaften bislang rezipiert worden (vgl. Zeller 2004), aber wurde noch kaum auf raumrelevante empirische Fragen angewandt.

Bevor im nächsten Schritt die Relevanz der Finanzmarktkapitalismus für eine heutige Gegenwartsdiagnose untersucht wird, sollen zunächst einige generelle Probleme der regulationstheoretischen Regionalforschung angesprochen werden. In der Forschungspraxis entwickelte sich de facto nur ein konkreter Forschungsansatz, der regionale Prozesse als eine Konstitution der strukturellen Formen auf der subnationalen Ebene thematisierte. Gilly und Pecqueur (2002: 198)

sprechen von einem regionalen Regulationssystem, wenn ein abgrenzbarer Raum durch seine Regeln und Routinen, die auf den Akkumulationsprozess wirken, unterscheidbar ist von anderen Regionen eines nationalen Wirtschaftsraumes (vgl. Krätke/Heeg/Stein 1997: 103). Demgegenüber gewähren die nicht-regionalisierten Regelsysteme wie z.B. das Geld- und Währungssystem die Existenz des übergreifenden nationalen Akkumulationszusammenhangs. In der Forschungspraxis wurden als Mechanismen der räumlichen Differenzierung vor allem die Politikstile lokaler Eliten bzw. die wirtschaftspolitischen Koordinationsmechanismen identifiziert. In dieser Weise wurden regionale Regulationssysteme anhand der Typen der offensiven und defensiven Flexibilisierung unterschieden (Leborgne/Lipietz 1991; Heeg 2001).

Alle Versuche regionale Regulationssysteme zu einer eigenständigen Untersuchungsebene zu machen, führen allerdings zu der Frage, wie gleichzeitig die Kohärenz gesamtwirtschaftlicher und regionaler Regulationssysteme behauptet werden kann. Sind die regionalen Systeme funktionale Komplemente, aus denen das gesamtwirtschaftliche System zusammengesetzt ist? Oder weist das gesamtwirtschaftliche System verschiedene Ausprägungen auf? Und wie kann über die Differenzierung durch z.B. institutionelle Traditionen verschiedener Räume hinweg, denen ein Systemcharakter unterstellt wird, seine Kohärenz bewahren? Empirische Studien der Regulationstheorie, wie z.B. von Danièle Leborgne (1997) zum Werkzeugmaschinenbau, zeigen, dass die Argumentationsfigur eines regionalen Regulationssystems zu einem Dualismus führt. Es wird dann auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene die Ökonomie verhandelt, und auf der regionalen Ebene der Landschaft eine kulturelle Substanz bescheinigt, so dass man sich einer Ontologisierung des Regionalen anschließt. Diese generellen Anwendungsprobleme der Regulationstheorie in der empirischen Regionalforschung sind weitgehend unabhängig von der speziellen Finanzmarktkapitalismus-These und bedürfen weiterer Diskussion (vgl. Scheuplein 2008).

3. Hat die These vom Finanzmarktkapitalismus ausgedient?

Damit soll nun die Finanzmarktkapitalismus-These vor dem Hintergrund der heutigen Wirtschaftskrise betrachtet werden. Die Regulationstheorie ist unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1974/75 formuliert worden, und fokussierte maßgeblich das Ende der Prosperitätskonstellation, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der westlichen Welt etabliert hatte. Gerade aus dem Blickwinkel der damaligen Krise stach die erstaunliche Stabilität der vorherigen knapp drei Jahrzehnte ins Auge. Entsprechend lenkte Michel Aglietta die Aufmerksamkeit auf die Kohärenz der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Institutionen mit dem eigentlichen Akkumulationsprozess in der Formation des Fordismus. Die Suche nach einer neuen Kohärenz in einer post-fordistischen Formation blieb dann das übergreifende Thema der regulationstheoretischen Arbeiten. Am Ende der 1990er Jahre wurde mit dem Begriff des „finanzgetriebenen Akkumulationsregime“ (Aglietta 2000; Boyer 2000) eine neue Formation benannt und ihr eine relative Stabilität zugeschrieben. Es wurde eine Neugewichtung der institutionellen Formen konstatiert: die Aushöhlung der Form des Lohn- und Arbeitsverhältnisses ging einher mit dem Aufstieg des Geld- und Kreditwesens. Für diese neue Konstellation gaben die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Deregulierung der Finanzmärkte den entscheidenden Anstoß. Mit den neuen Möglichkeiten konnte das Finanzkapital zunehmend seine Kontrolle auf den Unternehmenssektor ausdehnen, bzw. seine Ansprüche als Strategie des „Shareholder Value“ implementieren. Während die überkommenen Strukturen zwischen Produktions- und Finanzsektor sich lockerten, konnten institutionelle Finanzanleger in neuer Weise Einfluss ausüben: die Maßstäbe an die Eigenkapitalrendite wurde höher gelegt, die gewährten Fristen für den Erfolg verkürzt. Insgesamt haben die neuen Anlagemöglichkeiten des Finanzsektors erreicht, dass die schwachen Renditen in der Realwirtschaft ergänzt werden konnten durch wachsende Renditen des Finanzsektors. Empirisch wird der Übergang zum Finanzmarktkapitalismus belegt durch den enormen Anstieg des Finanzkapitals im Verhältnis zum realen

Kapital. Während im Jahr 1980 ein Finanzvermögen auf der Welt vorhanden war, das nur leicht das Sozialprodukt überstieg, so umfasste 2007 das Finanzvermögen fast das Vierfache des Sozialprodukts (Huffschtmidt 2009: 4). Dabei beruht die Akkumulation des Finanzkapitals immer auf Ansprüchen an zukünftigen Erträgen der realwirtschaftlichen Produktion. Die relative Verselbständigung des Finanzkapitals bleibt so stets im Rahmen des konjunkturellen Zyklus‘ rückgebunden an den realen Akkumulationsprozess. Die starke quantitative Abkopplung von Finanz- und Realkapital kann somit nur als Instabilität und tickende Zeitbombe gedeutet werden.

Die Diagnose eines Finanzmarktkapitalismus beinhaltet gerade auch für die Regulationstheoretiker ein Paradox: einerseits wurde eine neuen Formation mit einer relativen Stabilität beschrieben, andererseits die inhärenten Risiken analytisch herausgearbeitet. In vielen Kritiken wurde den Regulationstheoretikern dagegen vorgeworfen, dass sie einseitig die Stabilität betonen. So interpretieren viele Autoren die Feststellung, dass der heutige Kapitalismus finanzmarktgetrieben ist, als ein positives Gütesiegel, das angeblich der Wirtschaftsordnung ausgestellt wird (vgl. Zeller 2004: 72, Krumbein 2009b: 10). Dabei wird nicht beachtet, dass die Verschiebung zum Finanzkapital aus den Zwängen des Akkumulationsprozesses selbst erklärt wird. Die Veränderungen der institutionellen Formen werden dabei weder deterministisch, noch als funktionales Komplement gefasst, sondern als konflikthafte, temporäre Bewältigung von Krisenpotenzialen. Hierdurch können sowohl die Veränderungen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise dargestellt werden, als auch die erheblichen Risiken und Kosten für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Die Kohärenz zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise beschreibt zunächst einmal funktionale Passgenauigkeiten, aber ist kein Qualitätsurteil nach gesellschaftstheoretischen Maßstäben. Der Regulationstheorie eine „harmonizistische Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell“ (Zeller 2004: 70) und eine „ökonomisch-technokratische Dienstbarmachung“ (Röttger 2003: 21) zu unterstellen, mag einzelne Autoren (bzw. Politiker) treffen, aber nicht den Kern der Theorie.

Wichtiger ist allerdings die Frage, wie mit der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise die Diagnose- und Prognosefähigkeit der These vom Finanzmarktkapitalismus einzuschätzen sind. Hier kann sie auf einen beachtlichen Ertrag blicken. Erstens gehörte der Aufbau spekulativer Blasen im Immobilien- und Finanzsektor zu ihren zentralen Prognosen. Zweitens hat sie auf die Durchsetzung der Finanzinteressen im Unternehmenssektor über die Implementierung neuer Firmenstrategien und die Etablierung des Marktes für Unternehmenseigentum hingewiesen. Drittens hat sie auf die Fortschritte der Privatisierung öffentlicher Aufgaben, die Verringerung der öffentlichen Daseinsvorsorge und auf die Kürzung der sozialstaatlichen Transfers aufmerksam gemacht, die sowohl neue Anlagechancen eröffnen wie auch die staatlichen Belastungen der Vermögensbesitzer senken. All dies beschreibt aus heutiger Sicht die Grundlinien der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre recht präzise. Der Ansatz des Finanzmarktkapitalismus konnte zugleich erklären helfen, dass in der Ökonomie ein paradoxer Vorgang der Enträumlichung der Ökonomie mit einem gleichzeitigen Bedeutungsgewinn der regionalen Ebene einhergeht. Während Mobilität und Flüchtigkeit geradezu das Medium des Finanzkapitals sind, wirkt der Druck der Vermögensbesitzer auch in der realwirtschaftlichen Sphäre, wo die Prozesse der Wertschöpfung räumlich konfiguriert werden müssen.

4. Die Herausforderung der Krise

Um das zukünftige Potenzial der Regulationstheorie zu beurteilen, muss im nächsten Schritt der Einschnitt der Weltwirtschaftskrise bedacht und seine mittel- bis langfristige Wirkung auf die Ökonomie betrachtet werden. Das säkulare Ausmaß der Krise wird deutlich, wenn man den gegenwärtigen Absturz in die konjunkturzyklische Bewegung einordnet. Dies soll hier nur bezogen auf den Referenzraum Deutschland geschehen.

Das Bruttoinlandsprodukt weist in den vergangenen 60 Jahren der Bundesrepublik bzw. seit 1990 Gesamtdeutschlands eine klare Tendenz zum Sinken auf. Der Zyklendurchschnitt ist vom I. Zyklus 1950-1958 von 8,3 % auf 1,6 % für den VII. Zyklus kontinuierlich gefallen (Abbildung 1). Nur der IV. Zyklus, der durch den Boom der Wiedervereinigung 1990/91 verlängert, konnte ein geringfügig höheres Niveau als sein Vorgänger erreichen. Mit dem VII. Zyklus, der mit dem Krisenjahr 2009 wohl seinen Abschluss findet, wurde ein durchschnittliches Wachstum von 0,7 % erreicht. Dabei ist die zur Zeit prognostizierte Senkung des BIP um 5 % der mit Abstand schärfste Einbruch in der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Nachkriegszeit. Die Dramatik der Krise soll hier ausschnittsweise auch durch den Bezug auf das Verarbeitende Gewerbe, bzw. dessen in Deutschland wichtigster Teilbranche, dem Automobilsektor, verdeutlicht werden (vgl. Abbildung 2). Hier wird im Überblick seit 1991 klar, dass der abrupte Sinkflug der Indizes um ein Drittel (Automobil) bzw. um ein Viertel (Verarbeitendes Gewerbe) signifikant stärker ausfiel als während der Konjunkturkrise nach dem Wiedervereinigungsboom in den Jahren 1992/93. Dies gilt auch für die Betrachtung der Kurzarbeiterzahl, die aktuell eine der wesentlichen Stellgrößen der staatlichen Krisensteuerung in Deutschland ist. Im zweiten Quartal 2009 schoss sie auf Höchstwerte, die zuletzt während der Wiedervereinigungskrise erreicht worden sind (Abbildung 3). Dabei polsterte dieses arbeitsmarktpolitische Instrument bisher erfolgreich stärkere Verwerfungen am Arbeitsmarkt ab.

Im Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75, die die beiden Prosperitäts-Jahrzehnte des Hoch-Fordismus beendet hat, ist der neue Einschnitt erheblich signifikanter – und mit seinen multi-sektoralen und internationalen Auswirkungen sicherlich insgesamt folgenreicher. Welche Schlussfolgerungen müssen damit für die These des Finanzmarktkapitalismus gezogen werden? Auf dem Höhepunkt der Monetakrise im September/Oktober 2008 hörte man von politischer Seite allerorten Appelle zur Umkehr: „Der wilde Turbokapitalismus wird sein Unwesen nicht mehr treiben können“, sagte etwa der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker im Oktober 2008¹. Auch von linken Ökonomen wurde mit einem „Wendepunkt in der historischen Entwicklung des Kapitalismus“ gerechnet (Busch 2009: 40):

„Die marktradikale Ausrichtung der Weltwirtschaft wird sich so nicht fortsetzen. Es ist mit Prozessen von Re-Regulierung, Dekommodifizierung und Deprivatisierung zu rechnen, mit einem stärkeren Engagement des Staates in der Wirtschaft und mit Protektionismus.“

Rilling (2009: 3, 7) bescheinigt das „Ende der Wall Street, wie wir sie kannten“ und spekuliert über die „finale Krise“. Andere sahen mit dem Scheitern des Finanzmarktkapitalismus auch das Ende des Neoliberalismus nahe (Demirovic 2009).

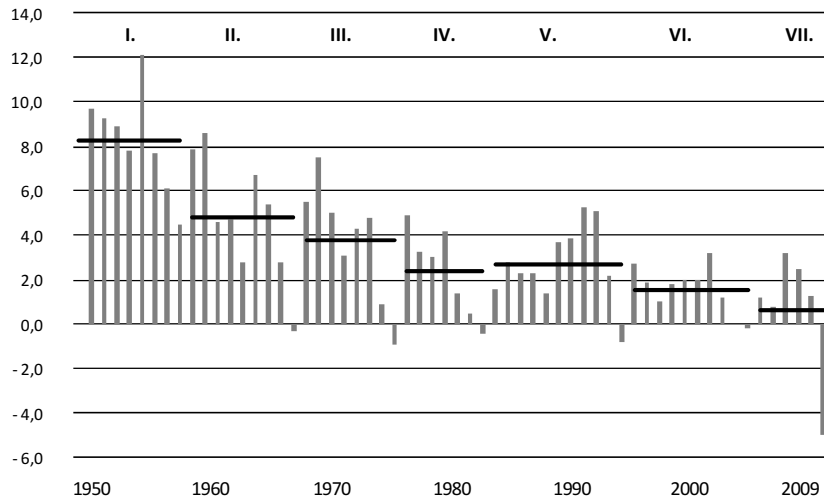
Ein Jahr später ist von einem starken Veränderungswillen auf der politischen Bühne nicht mehr viel zu spüren. Dies haben spätestens die Gipfel der G 20 in Pittsburgh und London deutlich gemacht. Ein wenig wird bei der Eigenkapitalausstattung der Banken, den Bonuszahlungen und dem Derivatehandel nachgesteuert und eventuell ein Fonds für die Rettung systemrelevanter Banken in den nächsten Krisen eingefordert². Eine durchgreifende Regulation der Finanzmärkte wird es nicht geben, soviel kann jetzt schon gesagt werden. Damit aber bleiben auch die potenziell krisenverursachenden Mechanismen in Funktion. Dass dies auch vom den politisch Verantwortlichen und in den Vorstandsetagen der Großbanken so gesehen wird, ist derzeit am Streit über die Ausgestaltung eines künftigen Banken-Notfallfonds ablesbar: Jeder hält ihn für notwendig und bestätigt damit das weiterhin drohende Risiko. Aber das Finanzkapital lehnt eine eigene Kapitaleinlage ab und möchte auch künftig allein auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden³.

¹ Focus.de vom 13.10.2008: Das Ende des „wilden Turbokapitalismus“, vgl. <http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/>

² Leaders' Statement. The Pittsburgh Summit. September 24-25 2009. Communiqué. Meeting of Finance Ministers and Central Bank Governors, United Kingdom, 7 November 2009.

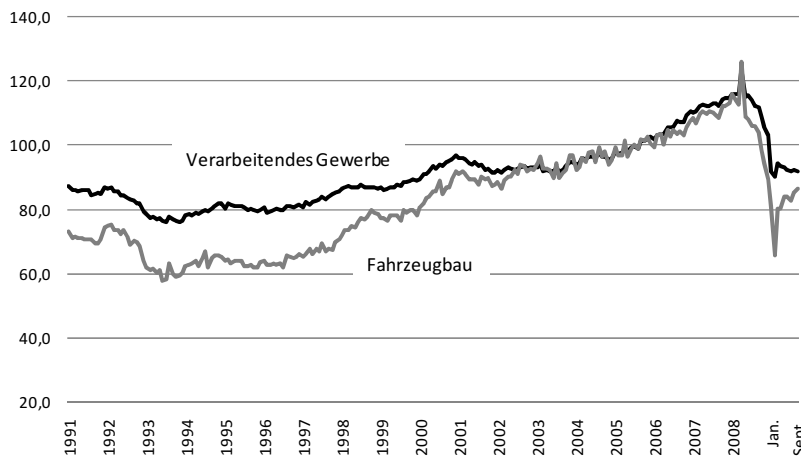
³ Handelsblatt vom 16.11.2009: Ackermann skizziert Banken-Notfallfonds.

Abbildung 1: BIP in Deutschland 1950-2009*



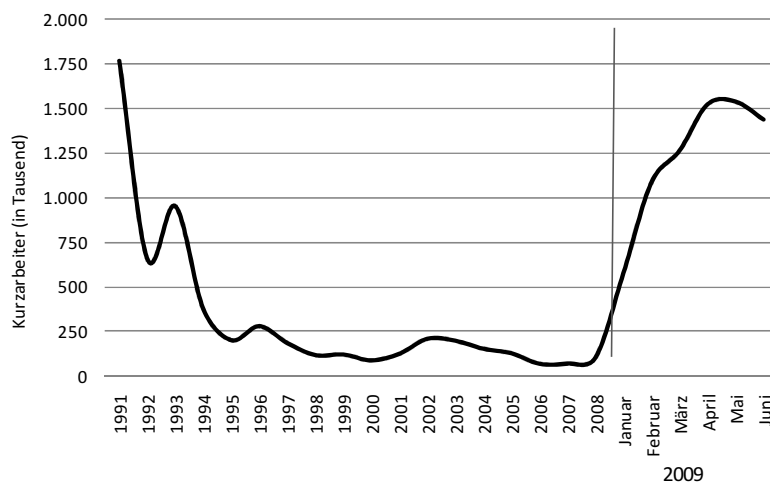
*Veränderungen (in v.H.) des preisbereinigten BIP und Zyklendurchschnitt, *Quelle: Statistisches Bundesamt*

Abbildung 2: Produktionsindex in Deutschland (VG, Fahrzeugbau) 1991-2009*



Jahresdurchschnittswerte 1991-2008, Monatszahlen 2009, Index: 100 = 2005, *Quelle: Stat. Bundesamt*

Abbildung 3: Kurzarbeiter in Deutschland 1991-2009



Jahresdurchschnittswerte 1991-2008 und Monatsbestände 2009, *Quelle: Bundesagentur für Arbeit*

Wäre die Diagnose eines Endes des finanzkapitalistischen Akkumulationsregimes richtig, dann sähe sich die Regulationstheorie nun vor der Aufgabe, den Zerfall dieses Regimes nachzuzeichnen und sich auf künftige Verschiebungen der strukturellen Formen zu konzentrieren. Die Grundstrukturen des finanzgetriebenen Akkumulationsregimes scheinen aber absehbar nur wenig angetastet zu werden. Damit ergeben sich Fragen an das theoretische Instrumentarium der Regulationstheorie: Während das heutige Krisenausmaß und das künftige Krisenpotenzial erheblich größer sind als beim Ende des Fordismus in den 1970ern, kann von einem Auslaufen einer distinkten Regulationsweise nicht die Rede sein. Vielmehr scheint sich die institutionelle Struktur des Finanzmarktkapitalismus' über die Krise hinweg zu reproduzieren. Man könnte somit für die gegenwärtige Situation eine hohe Kohärenz zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise attestieren. Dies korreliert jedoch nicht mehr mit wirtschaftlicher Prosperität, die ansonsten in der Regulationstheorie stets unterstellt worden wäre. Damit führt eine Diskussion darüber, ob die Kohärenz von Akkumulationsregime und Regulationsregime im Finanzkapitalismus mehr oder weniger ausgebildet ist, eher in die Irre.

Stattdessen erscheint es sinnvoller, sich die Triebkräfte vor Augen zu halten, aus denen der Finanzmarktkapitalismus hervorgegangen ist. Mit dem Ende des Fordismus war ein Übergang in eine strukturelle Überakkumulation von Kapital verbunden, d.h. ein Überangebot von Kapital im Verhältnis zu den realwirtschaftlichen Anlagemöglichkeiten. Mit den gewachsenen Risiken entsteht zugleich eine höhere Liquiditätspräferenz der Anleger, so dass die Geldkapitalakkumulation eine dominante Stellung gegenüber der Realkapitalakkumulation einnimmt bzw. verselbständigt. Das Akkumulationsregime des „Finanzmarktkapitalismus“ beschreibt dann die institutionellen Veränderungen, die eine gewinnbringende Anlage des verselbständigten Geldkapitals ermöglichen soll. Dies geschieht sowohl mit den oben schon angesprochenen Strategien der Deregulierung im Finanzsektor, dem verbesserten Zugriff auf die Unternehmen des Realsektors und der Privatisierung zuvor staatlicher Handlungsbereiche. Die Agenda des Finanzmarktkapitalismus bleibt immer rückbezogen auf die strukturelle Instabilität des Akkumulationsprozesses, die seit den 1970er keineswegs behoben werden konnte. Gerade an den krisenverursachenden Mechanismen im Immobilien- und Finanzsektor der USA wird deren Herkunft als Gegenmittel gegen die erlahmende Kapitalakkumulation deutlich, wie der Ökonom William K. Tabb betont:

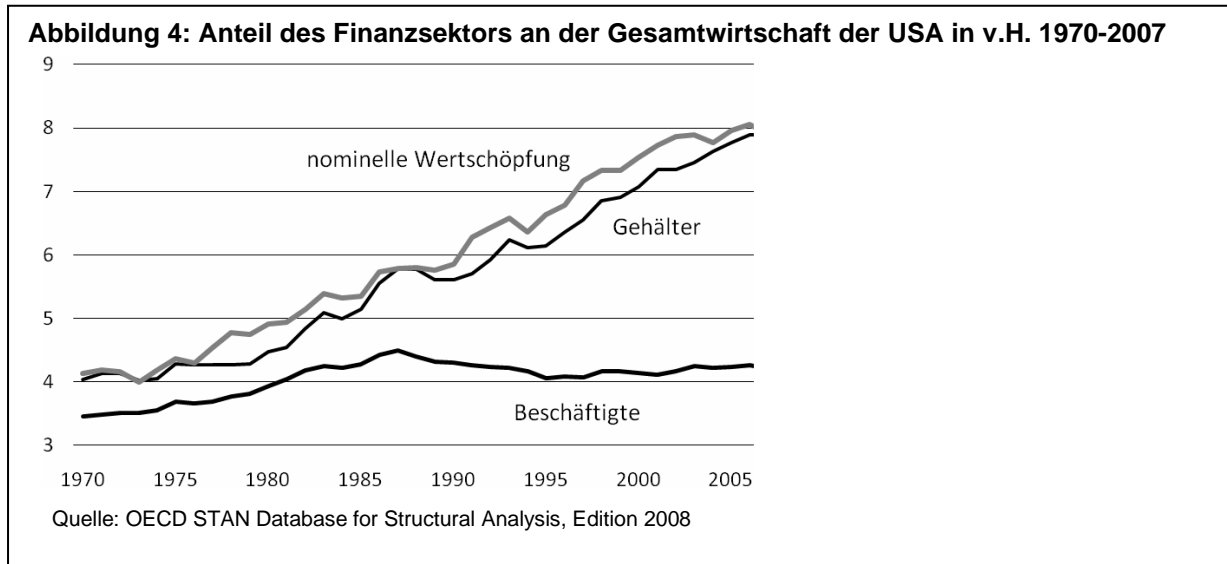
“It was not simply bankers' "mistakes" and/or greed which produced the crisis but efforts to use debt to overcome the stagnationist tendency of the economy. It is this structural issue, an economy which cannot grow without resorting to a large buildup of debt and speculative financial asset investment, that is not being faced.”⁴

Mit den heutigen Erfahrungen der neuen Finanz- und Wirtschaftskrise erscheint das Regime des Finanzmarktkapitalismus immer deutlicher als Bewegungsform, in die die Widersprüche der strukturellen Überakkumulation gebracht werden konnten, mit allen bekannten negativen Effekten wie dem anhaltenden Sinken der Investitionen, dem Zurückbleiben des Massenkonsums und der sozialen Polarisierung in den Industrieländern (ganz zu schweigen von Fragen der globalen Reichumsverteilung und der Ökologie). Welches Ausmaß die parasitären Formen des Finanzsektors angenommen haben, zeigt sich am klarsten in den USA. Dort ist der Anteil der Beschäftigten im Finanzsektor in den vergangenen vierzig Jahren gering gewachsen von 3,5 % im Jahr 1970 auf 4,2 % im Jahr 2007, wobei die Rationalisierungseffekte aufgrund des IT-Einsatzes in der ersten Hälfte der 1990er Jahre gut sichtbar sind. Gleichzeitig hat die Wertschöpfung sich von 4,0 % auf 8 % verdoppelt (Abbildung 4)⁵. Genauso schnell wuchsen die Gehälter, die im Dienstleistungsbereich ja auch als Maß für die Wertschöpfung

⁴ William K. Tabb: The Financial Crisis of U.S. Capitalism, Monthly Review 10.10.2008, <http://mrzine.monthlyreview.org/tabb101008.html>.

⁵ Vgl. Bickenbach u.a. (2009: 3), sowie Thomas Fricke: Betretetes Schrumpfen, Financial Times Deutschland vom 19.11.2009.

dienen müssen. Warum die Bankangestellten so dramatisch produktiver geworden sein sollen, als die übrige Wirtschaft, bleibt offen. Viel plausibler ist es, dass die Grafik nur die Umverteilung der Wertschöpfung vom Realsektor in den Finanzsektor darstellt.



Mit dem Andauern des Finanzmarktkapitalismus (zumindest in mittlerer Frist) werden diese Widersprüche fortwährend neu kanalisiert, umgearbeitet, verschoben: An welchen Punkten werden neue bzw. hartnäckigere Ansprüche der Vermögensbesitzer an die Realwirtschaft gestellt? Wie kommen die Vermehrung des fiktiven Kapitals (und die Bildung von Spekulationsblasen) wieder in Gang? Der Maßstab zur Beurteilung der institutionellen Veränderungen bleibt ihre Wirkung auf die Situation der strukturellen Überakkumulation: Wird sie aufgelöst oder wird sie - was viel wahrscheinlicher ist - verlängert? Insgesamt verschiebt sich die Perspektive der Regulationstheorie damit stärker zu einer Betrachtung der Instabilitäten innerhalb der Formation des Finanzmarktkapitalismus.

5. Regionale Folgen

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise führt zu regional sehr unterschiedlichen Wirkungen. Im Rahmen des politökonomischen Ansatzes kann dabei nicht von der Region als einer vorab definierten Raumebene ausgegangen werden, sondern erst die Untersuchung der spezifischen Entwicklungsformen des Akkumulationsregimes lassen Schlüsse auf die räumlichen Handlungsradien zu (vgl. zuletzt hierzu die Scale-Debatte: Wissen/Röttger/Heeg 2008). Mit dem neuen finanzkapitalistischen Akkumulationsregime haben sich dabei neue raumbezogene Konstellationen ergeben, die noch viel zu wenig untersucht sind. Für einen derartige regionsbezogenen Ansatz kann die Regulationstheorie einen analytischen Rahmen bieten, wobei die forschungsleitende Frage lautet: Zu welchen Regionalisierungen führt das Akkumulationsregime des Finanzmarktkapitalismus?

Bislang können diesem Forschungsinteresse Studien zugeordnet werden, die die Verselbständigung von finanzkapitalistischen Kreisläufen bzw. die quantitative Ausdehnung des Finanzsektors untersucht haben. Dabei hat sich die Regionalforschung bislang vor allem beschäftigt

- mit der räumlichen Verteilung der Unternehmen des Finanzmarktes, z.B. den Teilsektoren der Banken, der Versicherungen oder der Private-Equity-Gesellschaften;

- der regionalen Reichweite einzelner Finanzierungsarten, z.B. der Lokalisierung von Venture-Capital-Gesellschaften aufgrund der Bedeutung räumlicher Nähe zu den Technologieunternehmen.

All dies zielt auf eine zweifellos wichtige Geographie des Finanzsektors. Diese Beschreibung der „Gewinnerseite“ des Finanzmarktkapitalismus ließ die regionale Entwicklung von Finanzinstitutionen als ein Erfolgsrezept der Regionalentwicklung erscheinen. Dagegen wurde der Sumpfbüthen-Charakter des Finanzsektors leider selten untersucht:

- Inwiefern beruhen die boomenden Finanzplätze auf einer parasitären Aneignung der gesellschaftlichen Wertproduktion?
- Wie sind die Risiken des fiktiven Kapitals räumlich verteilt?

Beispielhaft werden diese Fragen derzeit in Bezug auf Island untersucht, das faktisch in den Staatsbankrott geraten ist. Dort wurde die Privatisierung und Deregulierung des Bankensektors für Finanzgeschäfte genutzt, mit denen die Bilanzsumme der isländischen Banken im Jahr 2007 um das Neunfache das isländische Bruttoinlandsprodukt überstieg (Danielsson/Zoega 2009a: 7).

Weitergehend sollte auch die Durchsetzung der Eigentumsansprüche des Finanzkapitals gegenüber der Realwirtschaft thematisiert werden, d.h. die Auswirkungen auf die gesamten Produktions-, Distributions- und Konsumtionsstrukturen. Hier soll vor allem auf zwei große Problemkomplexe verwiesen werden:

- In den 1990ern hat sich der Markt für Unternehmenskäufe auch in den Ländern des europäisch-kontinentalen Kapitalismus etabliert. Wie haben sich in der Krise die von Finanzinvestoren erworbenen bzw. wieder verkauften Unternehmen geschlagen? Haben sich mit der Lockerung der früheren Unternehmensverflechtungen auch die Beziehungen zur Region gelockert?
- In den Unternehmen des institutionalisierten Kapitalmarktes haben die Finanzinvestoren ihre Interessen schon seit langem implementiert. Dabei gehörte die Konzentration auf einzelne Geschäftsfelder und Kernkompetenzen und die Hebung der nicht-bilanzierten Vermögensgegenstände zu den üblichen Taktiken. Dies ging in vielen Fällen mit einer Restrukturierung der (regionalen) Zuliefernetzwerke und mit einer Verlagerung von Produktionsstandorten einher. Wie ist es diesen „schlanken“, regional gering eingebundenen, konjunkturanfälligeren Unternehmen ergangen?

All dies beschäftigt sich mit der gelungenen Durchsetzung finanzkapitalistischer Interessen in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Daneben sind in der Ökonomie zahlreiche Residuen des vorherigen Regulationsregimes, alternative Entwicklungspfade und gesellschaftliche Gegenstrategien bzw. Blockaden für den Finanzkapitalismus feststellbar. Diese Abweichungen können sich auch regional äußern, weil einige Regionen weniger stark von den negativen Folgen der strukturellen Überakkumulation betroffen waren, oder weil sie so stark betroffen waren, dass sie nicht mehr als lohnenswertes Anlagefeld wahrgenommen wurden.

Die Frage nach den Regionalisierungen des Finanzsektors bei einer Veränderung des Akkumulationsregimes richtet sich auch an die Erfolgsregionen, die in Partialansätzen wie dem Innovativen Milieu oder dem Industriellen Distrikt im Mittelpunkt stehen. Diese Regionen entwickelten sich gleichzeitig mit der Globalisierung der Ökonomie, die von den Unternehmen zentrale Funktionen wie Beschaffung, Absatz, Forschung und Entwicklung in einer viel größeren Ausdehnung erforderte. Durch die Globalisierung wird die Aufwertung des regionalen Umfeldes nicht unbedingt negiert. Vielmehr handelt es sich um miteinander verknüpfte, widerstreitende Antworten auf einen gemeinsamen Ausgangsimpuls, die Akkumulationsschwäche der entwickelten Länder. Es wird in den kommenden Monaten interessant sein zu beobachten, ob und wie dieser Typ der Erfolgsregionen die Krisenherausforderungen meistert. Es wäre plausibel, dass insbesondere diejenigen Regionen, in denen

die Finanzstruktur bereits stark mit der spezialisierten Produktionsstruktur z.B. eines Cluster verbunden ist, sich besser als der Durchschnitt der Regionen schlägt. In diesen Fällen ist die typische Trennung zwischen Finanz- und Produktionsunternehmen noch in einem geringen Maße realisiert worden. Das damit verknüpfte Insiderwissen über die Verhältnisse der produzierenden Unternehmen macht es auch für die kreditgebenden Institutionen leichter, ihre Geschäftsbeziehungen in der Krise aufrechtzuerhalten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die These des Finanzmarktkapitalismus sich im Verlauf der Weltwirtschaftskrise 2008/9 bewährt hat. Die Regulationstheorie hat damit ihr zeitdiagnostisches Potenzial unter Beweis gestellt. Aufgrund des bisherigen Krisenverlaufs bzw. der absehbaren politisch-administrativen Reaktionen ist derzeit nicht damit zu rechnen, dass die institutionellen Grundlagen des Finanzmarktkapitalismus in nächster Zeit geschleift werden. Die wirtschaftlichen Krisengründe bleiben folglich lebendig. Entsprechend kann die Finanzmarktkapitalismus-These weiterhin ein vielversprechender Analyserahmen sein, mit dem die Regionalisierungen der Akkumulation betrachtet werden können. Parallel zur bislang eher unzureichenden empirischen Umsetzung des regulationstheoretischen Ansatzes in der Regionalforschung bedarf insbesondere die Finanzmarktkapitalismus-These jedoch noch empirischer Überprüfung.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*. Verso, London.
- Aglietta, Michel (2000): *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg.
- Alvarez-Plata, Patricia und Hella Engerer (2009): *Baltikum: Kein Ende der Krise in Sicht*. In: *Wochenbericht des DIW Berlin* 40/2009, 676-682.
- Amin, Ash (Hrsg.) (1994a): *Post-Fordism. A Reader*. Oxford.
- Amin, Ash (1994b): *Post-Fordism: Models, Fantasies and Phantoms of Transition*. In: Amin, Ash (Hrsg.): *Post-Fordism. A Reader*. Oxford, 1–39.
- BBSR (2009): *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Mögliche Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die deutschen Regionen*. *Berichte KOMPAKT* Nr. 2/2009.
- Belina, Bernd (2008): *Die kapitalistische Produktion des Raums zwischen Mobilität und Fixierung*. In: Wolfgang Krumbein, Hans-Dieter von Frieling, Uwe Kröcher und Detlev Sträter (Hrsg.): *Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum*. Münster, 70-88.
- Benko, Georges (1996): *Wirtschaftsgeographie und Regulationstheorie. Aus französischer Sicht*. In: *Geographische Zeitschrift*, 84. Jg., H. 3, 187–204.
- Bickenbachk, Frank u.a. (2009): *Adjustment After the Crisis – Will the Financial Sector Shrink and Entrepreneurship Boom?* *Kiel Policy Brief* Nr. 12.
- Bischoff, Joachim (2006): *Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche Alternativen*. Hamburg.
- Boyer, Robert (2000): *Is a Finance-led Growth Regime a Viable Alternative to Fordism?* In: *Economy and Society*, 29. Jg., H. 1, 111–145.
- Boyer, Robert und Yves Saillard (Hrsg.) (2002): *Regulation Theory. The State of the Art*. Routledge, London.
- Brach, Juliane und Markus Loewe (2009): *Nur ein blaues Auge? Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Nahost und Nordafrika*. In: *GIGA Focus* Nr. 4/2009.
- Brand, Ulrich; Werner Raza (Hrsg.) (2003): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster.
- Busch, Ulrich (2009): *Krisenverlauf und Krisendeutung im globalen Finanzmarktkapitalismus*. In: *Berliner Debatte* Initial 20. Jg. H 2, 25-43.

- Danielsson, Jon und Gylfi Zoega (2009a): The Collapse of a Country. Second Edition. [Download von voxeu.org]
- Danielsson, Jon und Gylfi Zoega (2009b): Entranced by banking. [Download von voxeu.org]
- Demirovic, Alex (2009): Postneoliberalism and post-fordism – is there a new period in the capitalist mode of production? In: Development Dialogue Nr. 51, 45-57.
- Demirovic, Alex, Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski (Hrsg.) (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster.
- Dispan, Jürgen (2009): WERkzeugmaschinenbau 2009. Krisenwirkungen und aktuelle Herausforderungen. IMU-Institut Informationsdienst Nr. 5.
- Eichengreen, Barry und Kevin H. O'Rourke (2009): A Tale of Two Depressions. September Update. [<http://www.voxeu.org/>]
- Engerer, Hella und Mechthild Schrooten (2009): Russland im Sog der internationalen Finanzkrise Wochenbericht des DIW Berlin 3/2009, 38-45.
- Gilly, Jean-Pierre und Bernard Pecqueur (2002): The local dimension of regulation. In: Boyer, Robert/Saillard, Yves (Hrsg.): Régulation Theory: the state of the art. London und New York, 197-203.
- Heeg, Susanne (2001): Politische Regulation des Raums. Metropolen - Regionen - Nationalstaat. Berlin.
- Horn, Gustav und Heike Joeßges und Rudolf Zwiener (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (II): Globale Ungleichgewichte: Ursache der Krise und Auswegstrategien für Deutschland. IMK-Report Nr. 40.
- Huffschnid, Jörg (2009): Die Krise der Finanzmärkte und die Antwort der Regierungen. In: Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus. DGB Bildungswerk e. V. u.a. (Hrsg.): Die globale Finanzkrise und die Verantwortung von Unternehmen und Banken. Düsseldorf u.a.O., 3-11.
- International Monetary Fund (2009): World economic outlook. October 2009: Sustaining the Recovery. Washington.
- Krätke, Stefan, Susanne Heeg, Rolf Stein (1997): Regionen im Umbruch: Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen >Ost< und >West<. Frankfurt a. M.
- Krumbein, Wolfgang (2008): Raumanalysen bei Marx: Der Raum im Kontext von Produktion, Zirkulation, Krise und Staat. In: Wolfgang Krumbein, Hans-Dieter von Frieling, Uwe Kröcher und Detlev Sträter (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum. Münster, 42-69.
- Krumbein, Wolfgang (2009a): Räumliche Wirkungen der Krise. Mimeo.
- Krumbein, Wolfgang (2009b): Vom Scheitern der >großen< Kapitalismustheorien im Angesicht von Jahrhundertereignissen. In: Wolfgang Krumbein, Joachim Bischoff: Krisen-Deutungen. Ist die marxistische Kapitalismustheorie auf der Höhe der Zeit? Supplement der Zeitschrift 11/2009, 2-29.
- Leborgne, Danièle (1997): Von der Reorganisation der Arbeit zur regionalen Partnerschaft: Die europäischen Modelle. In: Steffen Becker, Thomas Sablowski, Wilhelm Schumm (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Berlin und Hamburg, 123-151.
- Leborgne, Daniele und Alain Liepitzn (1991): Two Social Strategies in the Production of New Industrial Spaces. In: Benko, Georges/Dunford, Mick (Hrsg.): Industrial Change and Regional Development. The Transformation of New Industrial Spaces. London, 27-50.
- Moulaert, Frank und Erik Swyngedouw (1990): Regionalentwicklung und die Geographie flexibler Produktionssysteme. In: Borst, Renate u.a. (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Birkhäuser, Basel, Boston 89-108.
- Rilling, Rainer (2008): Finanzmarktkrise - Ende des Neoliberalismus? Und die Linke? In: rls Standpunkte Nr. 23.

- Rosenberg, David (2001): Cloning Silicon Valley: The Next Generation High-Tech Hotspots. London.
- Röttger, Bernd (2003): Verlassene Gräber und neue Pilger an der Grabesstätte. Eine neo-regulationistische Perspektive. In: Ulrich Brand, Werner Raza, (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster, 18-42.
- Sablowski, Thomas und Sabah Alnasser (2001): Auf dem Weg zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime. In: Candeias, Mario (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime, Shareholder Society, Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie. Hamburg, 131–149.
- Scheuplein, Christoph (2008): Die Regulationstheorie in der deutschsprachigen Wirtschaftsgeographie: Bilanz und Perspektiven. In: Wolfgang Krumbein, Hans-Dieter Frieling, Uwe Kröcher und Detlev Sträter (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft. Münster, 150-167.
- Storper, Michael und Allen J. Scott (1995): The wealth of regions - Market forces and policy imperatives in local and global context. In: Futures, 27 (5) 505-526.
- Versammlung der Regionen Europas (2009): Regionale Strategien zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Mimeo, Mai 2009, Straßburg.
- Wissen, Markus, Matthias Naumann (2008): Uneven Development. Zum Konzept ungleicher Entwicklung in der radical geography. In: Wolfgang Krumbein, Hans-Dieter von Frieling, Uwe Kröcher und Detlev Sträter (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum. Münster, 87-109.
- Wissen, Markus, Bernd Röttger und Susanne Heeg (Hrsg.) (2008): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zeller, Christian (2004): Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus? In: Christian Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster, 61-125.